

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementpreis durch die Post bezogen
vierjährlich 1,50 M. Ausgabenpreis die Briefpost. Colonialzelle für Arbeits-
gesuche 75 Pf. Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des Christlichen
Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Selterstrasse 17. Fernruf 585
Schluß der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Befreiungen und Abonne-
mentsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Alleinige Anzeigen-Ausgabe „Ehe vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 16.

Duisburg, den 20. April 1918.

19. Jahrgang.

Unternehmertum und Arbeiterschaft im neuen Deutschland.

IV.

Zu Beginn dieser Artikelreihe haben wir uns drei Punkte vorgelegt: Die Wirtschaftslage, ihre Nöte in der Nebergangszeit. Wie soll unsere Wirtschaft gehoben werden? Die Stellung von Unternehmer zum und Arbeiterschaft im neuen Deutschland. Wir sahen, daß für die auch in absehbarer Zeit noch schwierigende deutsche Wirtschaft die Steigerung der Produktivität in jeder Form die Grundlage abgeben muß für ein Emporkommen. In den sozialistischen Monatsheften vom November 1916 wird im Hinblick auf die kommenden harten Zeiten „die Förderung und Intensivierung der Produktion sogar als echste Aufgabe“ hingestellt. Im neuen Deutschland muß aus dem Recht auf Arbeit eine Flucht zur Arbeit werden, was die Arbeiterschaft stets erfüllte, in manchen anderen Kreisen aber als Sonntagnachmittagsbeschäftigung angesehen wurde. Mittel und Wege können auch hier ausständig gemacht werden, um jede verfügbare Kraft in den Dienst der neuen Wirtschaft zu stellen. Das die notwendige Steigerung der Produktion bei den gegenwärtigen Umständen für die Allgemeinheit eine der härtesten Kosten bedeuten dürfte, braucht kaum erörtert zu werden. Wir müssen, um unsern Absatz auf dem Weltmarkt wieder zu erzielen, ohne den besonders die Arbeiterschaft schwersten Tagen entgegenzutreten, am schnellsten, am besten und am billigsten. Dieses nun auf Kosten sehr heruntergedrückter Löhne erreichen zu wollen, wie es hier und dort in manchen Artikeln zwischen den Zellen zu lesen ist, würde die ungeheurenden sozialen Kämpfe hervorrufen, in denen die Arbeiterschaft um ihre Rechte streiten müßte, ganz abgesehen davon, daß heruntergedrückte Löhne eine schlechte Lebenshaltung und deshalb eine verminderte Produktion zur Folge haben würden.

So bleibt also nichts anderes übrig, als daß der Staat eingreift und Geldmittel zur Verfügung stellt, um unsere Produktion zu fördern. Diese neue Belastung würde natürlich die Allgemeinheit noch mehr bedrücken. Vorteil und Ruhm könnte sie vorläufig auch noch nicht aus der erhöhten Produktion ziehen, es wird so ziemlich alles eine Zeitlang Null um Null aufgehen. Infolge dieser jahrsamen Belastung würde die Allgemeinheit, wie wir in der vorigen Nummer ausführten, in Wirklichkeit an unserer Produktion leiden. Sie erträgt das nicht aus Liebe zur Industrie oder zum Einzelinteresse, sondern weil das eigene weitere Leben der Allgemeinheit von der erhöhten Produktion mit abhängt. Deshalb müssen wir alle Kräfte für sie anspannen und leben, damit wir aus diesem Chaos herausbekommen.

Wie steht es nun weiter um die Hebung der Wirtschaft?

Die ungeheure Verschiebung der Weltmarktlage, der furchtbare finanzielle Schuldendruck auf Deutschland, den man sicher auf 180 Milliarden Mark insgesamt veranschlagen darf, werden auch für unser Wirtschaftsleben entscheidende Wirkungen mit sich bringen. Ob und inwiefern Verstaatlichungen oder Übernahme gewisser Erwerbszweige durch die Gemeinden möglich und wünschenswert ist, ist eine Frage, bei der man vorläufig noch im Dunkel taust. Der Ruf nach der organisierten Wirtschaft im Gegensatz zu der unhemmten Privatwirtschaft scheint sich als Zeichen der Zeit durchzutragen zu wollen. Walter Rathenau hat diesem Verlangen als erster ein festes Programm gegeben in der „neuen Wirtschaft“, die freilich keine Staatswirtschaft sein soll, sondern eine der bürgerlichen Entschlusskraft aufheimgestellte Privatwirtschaft, die freilich zur Vermeidung innerer Reibungen und zur Vervielfältigung ihrer Leistungen staatlicher Mitwirkung bedarf.

Doch dürfte es auch notwendig sein, diese Fragen nicht allein unter finanziellen Gesichtspunkten, z. B. der Entschließung neuer Steuerquellen, zu behandeln, es könnten sich sonst doch fehlende wirtschaftspolitische Art herausstellen, die sich in ihren Rückschlüssen auf die Durchdringung des Weltmarktes mit unseren Waren bemerkbar machen könnten. Staatsmonopole, denn um diese handelt es sich vielfach, wenn von „organisierter Wirtschaft“ gesprochen wird, können freilich, wenn die betriebswirtschaftlichen Voraussetzungen, die Rohstoffproduktion, Produktion von Massenwaren, als Grundlage angegeben werden, immerhin in der Lage sein, durch vereinfachten, konzentrierten Betrieb gegenüber der einzelwirtschaftlichen, unorganisierten Betriebsweise erheblich billiger erteilen. Das kann besonders dann in die Erziehung treten, wenn es sich in natürliche Monopoliäze, z. B. Kali oder die Wasserkräfte zur Erzeugung von Elektrizität handelt und da dürfte es als sicher anzunehmen sein, daß die staatliche Betriebsföderation solcher Zweige, wenn sie früh genug vorgenommen wird, besonders wenn noch nicht viel private Kapitalien investiert sind, rentabler und ertragreicher sein kann, als die private Tätigkeit, wie die Geschichte des deutschen Kalibergbaus zeigte.

Das ausschlaggebende bei der staatlichen Betriebsföderation eines Industriezweiges wird die natürliche Monopolstellung sein, durch die der Staat dann auch leistungsfähiger auf den Weltmarkt gewinnt. Handelt es sich dagegen um nicht natürliche Monopoliäze, sondern um Produkte,

die wir mit anderen Ländern teilen und mit denen wir auf den Weltmarkt müssen, um unsere Wirtschaft hochzuhalten, so dürfte dann doch wohl der Initiative und dem interessierten Drang der Privatwerke der Vorzug zu geben sein. Die Erfahrung hat es häufig gezeigt, daß in manchen Industrien, in denen Staatswerke neben Privatwerken arbeiteten, die erstenen infolge einer gewissen Langsamkeit und man möchte fast sagen, Entschlussfähigkeit, hinter den Privatwerken zurücklieben. Daß die Arbeiterschaft dabei schlecht fahren würde, bedarf keiner Erläuterung.

Die Frage der Monopole liegt jetzt in der Luft, freilich dürfte auch sie, selbst wenn einige Industrien, wie z. B. Flüssigindustrie, Zigarettenindustrie in Staatsregie kämen, nicht als die Abhängigkeit aller Schwierigkeiten anzusehen sein, wie es oft den Anschein hat. Ein größeres Feld für Konzentrierung scheint der Handel zu bieten. Man kann Rathenau zustimmen, wenn er die große Kette zwischen Hersteller und Verbraucher verringert wissen will, zunächst weil die Zwischenstufen das Produkt verteuern und dann um mehr Produktivkräfte für notwendige Teile der Wirtschaft freizumachen. Wir wollen hier nicht untersuchen, ob der Handel als solcher produktiv ist oder nicht; man braucht auch nicht im Interesse der nationalen Wirtschaft mit solcher Schärfe über den Handel zu urteilen, wie es die Finanzzeitschrift „Blutus“ in ihrer letzten Nummer tut; wenn sie schreibt: „Dem Händler ist es ganz gleichgültig, ob er mit fremden Landeserzeugnissen oder den Erzeugnissen des eigenen Landes handelt.“ Dadurch, daß er Gewicht auf die Größe der Umsätze legt, negiert er jede Bevorzugung und jeden Schutz des heimischen Gewerbeslebens. Im Interesse der Hebung nationaler Güter könnte der Staat vielleicht einen Teil der Handelsfunktionen übernehmen, vorausgesetzt, daß er in sich die notwendigen Kräfte zur gesunden Durchführung einer solchen Sache weiß. Wenn schon eine Art für das Monopol auch für die Friedenszeit reif zu sein scheint, so wäre es wohl der Getreidehandel, der tatsächlich schon im ersten Kriegsjahr monopolisiert wurde.

Eine Zusammenfassung allergrößten Stils wünscht Walter Rathenau in den Berufsverbänden, das heißt in der Zusammenfassung aller Betriebe des gleichen Fabrikationszweiges. Diese Berufsverbände werden wieder zu Gewerbeverbänden zusammengefügt, zu denen alle Zweige eines innerlich zusammenhängenden Produktionsgebietes gehören. Diese Gruppen stehen unter Aufsicht des Staates, der ihnen dafür große Rechte eingeräumt. Eine Zwangsfondizierung also im Interesse unserer nationalen Wirtschaft. Rathenau führt als Beispiel das verhältnismäßig einfache Baumwollgewerbe an. Bedeutend schwieriger aber liegt die Sache schon in der Eisen- und Metallindustrie mit der ungeheuren Anzahl von Fabrikationszweigen einerseits und den großen gemischten Werken andererseits. Der Berufs- und Gewerbeband im Sinne Rathenaus verlangt eine fast gleiche Höhe aller Betriebe und Betriebsmöglichkeiten. Das läßt sich in einfachen Industrien wie das Tuchgewerbe es darstellt, vielleicht erreichen. Bei der Metallindustrie, in der viel mehr Möglichkeiten berücksichtigt werden müssen, die auf Leistungsfähigkeit und Rentabilität der Werke Einfluß haben, z. B. hohe Rohmateriallager, gute Wasserversorgungswege usw., würde sich ein solches gleichermaßen kaum erreichen lassen. Wollte man es trotzdem zu Stande bringen, so muß entweder die Leistungsfähigkeit von ihrer Höhe heruntersteigen oder die schwächeren müssen über Gebühr hochgehalten werden. Immerhin dürfen für die Zwangsfondizierung der Industrie eine Anzahl Gründe sprechen, die besonders in den produktions- und handelstechnischen Vorteilen einer solchen liegen. Die sogenannte Schwer- und Massenwarenindustrie würde dann freilich zu einer solchen straffen Organisation mehr Raum bieten können als die Fertigindustrie, die unter dem schematischen Zwange an Leistungsfähigkeit einbüßen würde. Das eine Zwangsfondizierung nicht immer Vorteile bietet, zeigen die Vorgänge in der Zementindustrie, die sehr zum Nachteil des ohnehin schon bedrückten Baugewerbes ausfielen.

Ob der Staat nun zu dem Mittel der Zwangsfondizierung greift, oder ob er es mit einer loseren Fühlungsnahme mit den Industriezweigen bewenden läßt, das eine wird untere Wirtschaft fordern, daß aus den Gewinnen der Industrie ein gewisser höherer Prozentsatz dem Staat zugeführt wird, und dann würde vielleicht auch ein Gesetz über Dividenden- und Rentabilitätsgröße am Platze sein. Das läßt sich nun freilich kaum erreichen, ohne ein gewisses Kontrollrecht des Staates, durch das freilich die Initiative in der Wirtschaft nicht gehemmt werden darf. Andererseits sind die Wirtschaftsmöglichkeiten unter einer bestimmten Mitwirkung des Staates dann doch nicht so gehemmt als von den Vertretern des Personalfreitagsbegriffes häufig dazujubeln versucht wird.

Alle Zeichen deuten darauf hin, daß die Konzentration in der Industrie wie auch auf den übrigen Wirtschaftsbereichen, Banken usw. fortzusetzen, eine Tatsache, die mit besonders fest in England und Amerika bewiesen, gegen welche der Wirtschaftskampf ausgefochten wird. Man braucht nur nicht die Gefahren zu verhexten, die eine fortschreitende Konzentration für die Konsumenten, Arbeiter- und Angestelltenstand mit sich bringt, ebenso, daß der soziale Friede bei solchen Maßnahmen durch Übergriffe leichter gestrichen werden kann. Um dem entgegentreten zu können, sollte sich die Arbeiter in immer höherem Maße den Gewerkschaften anschließen und die Gewerkschaften müßten dann auch in das Leben dieses Vieles ein-

eingreifen. Nach der anderen Seite aber würden, wenn unsere neue Wirtschaft nicht einen annehmbaren neuen Zustand schaffen kann, diese Konzerne, Syndikate und Kartelle vorläufig den Damm abbrechen gegen die gegnerische wirtschaftliche Front.

Um einschneidendsten wird die neue Wirtschaftsperiode auf die Arbeiterschaft selbst Einfluß haben. Daß auch die Arbeiterschaft alles Interesse daran hat, die nationale Wirtschaft zu heben, gestand pflicht der Vorsitzende des sog. Holzarbeiterverbandes Leipzig. Die christliche Arbeiterschaft hat diesen Standpunkt stets vertreten. Wer es handelt sich bei dieser Frage nicht so sehr um das „Was“, darin stimmt man überein, sondern um das „Wie“. Wie kann die Arbeiterschaft produktiver schaffen, welche Methoden können angewandt werden. Dort scheiden sich die Geister. Das werden wir in der nächsten Nummer darlegen.

Lehrlingsnöte.

Es ist leider eine traurige Tatsache, daß die verantwortlichen Kreise in Industrie und Handwerk, auch die amtlichen Stellen, bezüglich der Lehrlingsfrage geradezu eine Vogelschaupolitik treiben. Man jammert in diesen Kreisen oft über die mangelige Tüchtigkeit der Gesellen, ohne einzusehen zu wollen, daß es in erster Linie ihre Schuld ist, wenn die Gesellen wenig leistungsfähig sind. Wie jetzt in der Metallindustrie in der Lehrlingsausbildung gefordert wird, welche Opfer den Eltern der Jungen auferlegt werden und welche Profite der Lehrherr unbekannt um seine Blitzen einsteckt, sollen Beispiele beweisen, welche die Praxis veranlaßt. Man kann durch Erfahrungen, welche ich auf alle einschlägigen Berufen im Lehrberthsseits erworben habe, zeigen. Das Ergebnis zeigt eine beträchtliche Stütze von Maßnahmen, die wir das Material, als Dienstleistung verarbeiten, mit den notwendigen Reformvorschlägen dem Reg. Bauertischen Ministerium des Reg. Hauses und des Neueren unterbreiten. Wir berichten auf Nummer 11 des Verbandsorgans, wo in dem Artikel „Sur Lehrlingsfrage“ näheres ausgeführt ist. Seit dem Ministerium und der Handwerkskammer von Oberhavel wurde uns darauf tunliche Behebung der gerungen Maßnahmen zugesagt. Welche standhaften Formen die Lehrlingsausbildung angenommen hat, sei an folgendem bewiesen:

Bei der Firma G. Rodenstock, Optische Anstalt in München beträgt die Lehrzeit vier Jahre. Einen Sohn erhalten die Lehrlinge nicht. Wohl aber ist es üblich, daß der Lehrherr nach dem ersten Lehrjahr als ein „unrechtsmäßiges Geschenk“ (wie es im Vertrag so steht) ein freiwilliges, jederzeit widerrufliches Zahlengeld, bestimmt, von minimaler Höhe erhält. Strafen von 1-2 M. für Ungehorsam oder sonstige Vergehen, Strafen, welche oft höher sind, als der Lohn, sind keine Seltenheit. Das Werkzeug müssen sich die Lehrlinge oft noch selber kaufen und überhaupt schaffen zu können.

In der einseitigsten Weise ist im Lehrvertrag festgelegt, daß der Lehrling bezw. sein Stellvertreter im Falle des Berufswechsels vor Ablauf der Lehrzeit eine Entschädigung von 100 M. im ersten Jahre, steigend pro Jahr um 50 M., bis 250 M. im 4. Lehrjahr zu zahlen hat. Entlastet der Lehrherr den Lehrling, so hat dieser dagegen keinen Anspruch auf Entschädigung. Dazu erhalten die Lehrlinge eine ganz einseitige Ausbildung, die nicht als handwerklich bezeichnet werden kann. Mechaniklehrlinge im dritten Lehrjahr haben noch keine Schraubstock, sondern lediglich nur Maschinenarbeit verrichtet. Optikerlehrlinge stehen ununterbrochen an der Polier- oder Schleißbank. Die Zahl der Lehrlinge steht zudem in sehr ungleichem Verhältnis zu den Ausbildungskräften; so z. B. sind in der Photovabteilung 1 Meister, 1 Gehilfe und 16 Lehrlinge beschäftigt.

Die Firma ignoriert bewußt die von ihr bei Abschließung des Lehrvertrages eingegangene Verpflichtung, die Lehrlinge zu tüchtigen, vielseitig vorgebildeten Handwerkern heranzubilden. Ein Großteil der „Ausgelehrten“ dieses Betriebes kann, wie die Tatsachen sprechen, anderswo nur als Maschinen- oder gar als Hilfsarbeiter Brod und Arbeit finden.

Welche üppige Blüten die Lehrlingsferterei treibt, zeigen uns die Stariazählerwerke, ein Großbetrieb mit etwa 600 Beschäftigten. Hier treffen im Saal 15 auf einen Meister und drei Gesellen sage und schreibe 72 Lehrlinge der Feinmechanik. Im Saal 14 ist es gar noch schlimmer, da dort auf den Meister circa 50 Lehrlinge kommen, ohne Gehilfen.

Die Lehrzeit beträgt bei dieser Firma vier Jahre. Sohn wird im ersten Lehrjahr nicht, im zweiten dagegen 2 M., im dritten 4 M. und im vierten Lehrjahr 6 M. höchstens gewährt. Daß ein Meister umfangreicher ist, allein 50 Lehrlinge in der edlen Kunst der Feinmechanik heranzubilden vermögen wir nicht zu fassen.

Im der Elektrotechnischen Fabrik von A. Jetzler beträgt die Lehrzeit wohl nur 3 Jahre, dafür bekommen die Lehrlinge aber keinen Lohn und es muß noch ein Gehalt von 300 Mark bezahlt werden.

In der Maschinenfabrik Krupp am Marsfeld arbeiten alle Dreherlehringe unter 16 Jahren mit auf Wechselschicht in Achtsund. Auf 2-3 Lehrringe kommt eine Drehbank, sodass ein Großteil der Jungen mit Hilfs- und Transportarbeiten beschäftigt wird.

Aus diesen verschiedenen Beispielen, die noch vielfach vermehrt werden können, zeigt sich mit Deutlichkeit, wie die Kraft der Jugendlichkeit ausgenutzt und die Ausbildung verhöhlst wird. Mit diesen „Handwerkern“ kann Deutschland nach dem Kriege in der Weltkonkurrenz nicht aufwarten. Die Behörden haben alle Veranlassung, durchgreifende Maßnahmen in dem uns bereits vorgeschlagenen Sinne zu treffen, um erstens den Lehrling und seine Eltern vor einer beratigen Ausnutzung zu schützen, zweitens aber, für die deutsche Volkswirtschaft diejenigen gelernten Kräfte heranzubilden, die wir notwendig brauchen, um Handwerk und Gewerbe und Industrie in jeder Hinsicht konkurrenzfähig zu erhalten. Ein schwerer Vorwurf trifft die Arbeitgeber-Korporationen im Handwerk und Industrie, die derartige Zustände erlaubend dulden. Sie werden später diejenigen sein, die in Jeremiaden über die Rückständigkeit und Untüchtigkeit der jungen Handwerker ergehen, dies den Arbeitgeberorganisationen bei Lohnverhandlungen ständig vorwerfen und von Staat und Gemeinde verlangen, sie sollten mehr zur theoretischen Ausbildung der Lehrlinge tun.

Wir als organisierte Metallarbeiter haben alle Ursache, uns um unseren gewerkschaftlichen Nachwuchs zu kümmern und in aller Deutlichkeit zu sagen, wo gesündigt wird. Den Lehrlingen aber sei dringend geraten, sich der Jugendabteilung des christlichen Metallarbeiterverbandes anzuschließen. Nur dadurch, dass sie Mitglieder werden, sind wir in der Lage, Ihre Interessen in wirklicher Weise vertreten zu können.

B. M.

Kostung für den Kampf ums Dasein.

In der gewerkschaftlichen Organisation haben wir uns zum Ziel gesetzt, das wirtschaftliche Wohl der Arbeiter zu pflegen und zu fördern. Es ist erfärlich, dass dieses Ziel nur dann erreicht und in dieser Richtung nur dann mit Erfolg gearbeitet werden kann, wenn alle Glieder des Verbandes mitwirken. Die wirtschaftliche Schaltung der Lage der Arbeiter wird nur dann in guter Weise erreicht werden können, wenn gleichzeitig eine Umgestaltung unseres regelwidrigen Verhältnisses erfolgt. Die Arbeiterschaft verlangt nach Gleichberechtigung im Wirtschaftsleben — bei Abschluss und Gestaltung der Arbeitsverträge. Warum lassen sich diese Forderungen nicht mit einem Schlag verwirklichen? Sedoch wird das Tempo und der Gang der Entwicklung wesentlich durch die organisierte Arbeiterschaft bestimmt werden können. Die Selbstkritik unseres Wirtschaftslebens nötigen muss, immer wieder in den komplizierten Zusammenhängen einzudringen, um urteilsfähig in wirtschaftlichen Fragen zu werden. Mit fortwährender Entwicklung werden immer gehobene Anforderungen an das praktische Können und die geistige Urteilsfähigkeit der Arbeiter gestellt werden. Es wird auf die Dauer nicht genügen, wenn nur eine kleine Oberschicht — eine Handvoll führender Kollegen über die notwendigen Fähigkeiten verfügt, um praktisch an den verschiedenen Stellen zum Vorteile unseres Standes zu wirken. Welche Schwierigkeiten sind heute noch vielfach zu überwinden, wenn z. B. Arbeiterschaftsliste, oder Rechner zu sonstigen Stärkepositionen gewählt werden müssen? Da fehlt es an tüchtigen Kollegen, die das Zeng dazu haben. So in der Organisation selber hört es manchmal schwer, für die verschiedensten wichtigen Vorsitzesämter nur geeignete, tüchtige Kollegen zu finden. Stellen! Woher kommt dieser Mangel?

Selbig, unsere Bewegung kann noch nicht auf eine jahrgeschmiede Entwickelung zurückblicken, wie z. B. die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung. Auch sind die angeführten Ercheinungen nicht allein bei uns zu finden. Ein sehr großer Teil unserer Mitglieder gehört erst einige Jahre, zum Teil nur einige Monate dem Verbande an. Über die Ausprägung dafür, dass ein großer Teil der Mitglieder den Anforderungen, die an jeden wirklichen Gewerkschaftler gestellt werden müssen, noch nicht genügt leisten kann, ist bereits aufzuführen, dass die betreffenden Mitglieder sich nicht an der Verbandsarbeit beteiligt haben. Das bedingt sich vielfach damit, dass der Beitritt zum Verbande zu effizient — somit teilweise leichtfertig, den allerkostestensten Willen noch — aber von einer inneren und praktischen Anteilnahme am Verbandsleben fehlt jede Spur. Kollegen! Dieses Grundsäbel muss unter allen Umständen beseitigt werden. Unser Verband ist, sofern er seine Aufgaben in der Zukunft lösen will, auf die Kostung eines jeden Mitgliedes angewiesen. Die eben genannten Mitglieder stellen das heimische Heiligste dar — es muss erledigt werden, wenn möglichst baldigst. Die Kostung eines jeden Mitgliedes selbst und nicht zu dem Preis eines Gegebenen, der im folgenden noch erläutert wird.

So und wie richten die Mitglieder miteinander? Zum einen notwendig, dass die Mitglieder unserer Sache zu erneuten Kunden und künftigen geschäftsfreudigen Freunden in der entsprechenden Stärke ihrer Zeit und Stellung des Verbandes. Voraussetzung der Zusammenarbeit des Wirtschaftslebens: Indifferenzlosigkeit und neutralistische Neutralität sind entscheidend. Das Ganze kann Einheitskraft unserer praktischen Tätigkeit und Geschäftsführung zu erkennen und zu verstehen bringen. Voraussetzung ist daher eifriges Eindringen in die Verbandsarbeit und aller möglichen Vorsitzesämtern sowie der entsprechenden Schaffens. Ferner ist unbedingt notwendig eine regelmäßige Teilnahme an den Mitgliederversammlungen. Dieses und die Einheit der politischen Führung unserer Mitglieder.

Selbst kein Rapp und zum nächsten der Kostung allein ist nicht mehr nur in den schlechten Zeiten zu einem kleinen Gewerkschaftler werden. Zugleich Empfehlung zu durchdringen die Gewerkschaft und durch Betriebsschaffensmärsche ein neuerer Gewerkschaftler oder gar ein neuerer Gewerkschaft. Es ist praktische Leistung ermöglicht. Erhöhung der anstrengenden Berufspflichten und schwierigen Arbeit ist wichtig, es ist mit weiterer Gewerkschaft zu

Standesarbeit. Nicht Wissens allein genügt, sondern in erster Linie kommt es an, die praktische Fertigkeit und Erfahrung an. Diese können aber nur durch praktische Mitarbeit erworben werden.

Uns Arbeitsgebieten für die Mitglieder fehlt es in keiner Ortsgruppe oder Wahlstelle. Wo die Vorstände häufig besetzt sind, muss die Ergänzung vorgenommen werden. Wo es an Vertrauensleuten zur Bedienung der Mitglieder mangelt, müssen sich Kollegen bereit finden hier mitzuarbeiten. Bei steigender Mitgliederzahl muss gleichzeitig eine Ausdehnung des Mitarbeiterstabes erfolgen. Ferner müssen besondere Betriebvertrauensleute vorhanden sein. Bei richtiger Einteilung findet ein sehr ansehnlicher Teil unserer Mitglieder in diesen Stellen ein segensreiches Betätigungsfeld. Es muss aber mit der falschen Scheu gebrochen werden, die vielzählige neue Mitglieder abhält, ein beratiges Amt zu übernehmen. Die Kollegen stellen sich die Sache vielfach schwierer vor, als wie die Übernahme eines solchen Amtes in Wirklichkeit ist. Bei gutem Willen etwas Gutes zu Leisten, etwa als Vorbereitschaft, und alles andere lässt sich in kürzerer Zeit.

Nicht alle können Vorstandsmitglied oder Vertrauensmann werden. Aber Agitator für den Verband kann und soll jedes Mitglied werden. Die Agitation in den Betrieben, auf dem Wege von und zur Arbeit ist die begünstigte Art und muss von jedem Mitgliede betrieben werden. Die Agitation bietet für unsere Mitglieder die beste Gelegenheit, sich selbst zu schulen und auszubilden. Durch die Versuche, die Unorganisierten von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen, ist man gezwungen, sich selber eingehender mit gewerkschaftlichen Fragen zu beschäftigen. Der Unorganisierte kommt mit Gegnern, Aussichten, um seine Haltung zu rechtfertigen. Manchmal ist es „jungen“ Agitatoren nicht sofort möglich, auf diesen oder jenen Einwand sofort treffend zu antworten. Er will sich aber nicht von dem Außenseiter übertrumpfen lassen, — es macht sich also ein gewisser Lobenswerte Ehrengesicht bemerkbar — und die Folge ist, dass er studiert, sich bei erfahrenen Kollegen erfordert, um seine Kenntnisse entsprechend zu erweitern. Es gibt keinen eifrigeren Agitator in unserem Verbande, der nicht durch die Agitation persönliche Kenntnis und Gewandtheit in Wort und Umgang wesentlich gewonnen hätte. Sind dieses nicht Eigenschaften, die jeder vorwärtsstrebbende Arbeiter benötigt und benötigt?

Augen dieser allgemeinen Agitation gibt es aber noch eine besondere Art der Werberechtigkeit, die noch viel mehr vom Arbeiter in unserem Verbande gepflegt werden muss — nämlich die Hausagitation. Hier eröffnet sich erst recht ein Arbeitsfeld für freihändige Kollegen, um sich und der guten Sache einen großen Dienst zu erweisen. Die Hausagitation stellt etwas höhere Ansprücher an die Teilnehmer, als wie die Betriebsagitation. Es kostet etwas Leidenschaft die freie Zeit dafür zu opfern — etwas Mut, um den Unorganisierten in seiner Verbesserung einzuführen. Im allgemeinen ist sie aber nicht so schwierig, wie manche Mitglieder sich dies vorstellen. Frisch gewagt, in hold gewonnen. Dieses ist Sprichwort trifft für die Hausagitation den Regel auf den Kopf.

Die Hausagitation bietet dem Teilnehmer vorsätzliche Gelegenheit, sich selbst breiter zu bilden und zu schulen. In erster Linie kommt hier die Bildungsvorstellung in Frage. Für den Anfänger gilt es Schwierigkeiten äußerer Art und vor allen Dingen aber die innere Neigung zu überwinden. Es gehört zusammen dazu, Ferner ist notwendig, ein gewandtes, geschicktes Auftreten und eine überzeugende Art der Ausklärung gegenüber dem Unorganisierten und seinen Angehörigen. Die angeführten Eigenschaften hat kein Mensch bei der Geburt mit zur Welt gebracht, sondern ein jeder muss sich diese Eigenschaften im Kampf und Dukon selber aneignen. Wer das unterlässt wird das große Retteramt in unserer Zeit nicht bekleben können und persönlich die Folgen zu tragen haben. Es wird niemals zu einer allgemeinen Gleichmärsche kommen, sondern der Tüchtige wird — vielleicht erst gerade in der Zukunft bessere Aussichten für sein berufliches Fortschreiten haben, wie der Unfähige. Die Hausagitation beschert dem Teilnehmer Einblick in viele Dinge und ermöglicht Einsicht und Erfahrungen, die nur durch die Hausbewohner und die Hausfreunde im Familienkreise des Unorganisierten gewonnen werden können.

Rückt an letzter Stelle über mich hingewiesen werden, dass durch eine rege Teilnahme unserer Mitglieder an der Werbearbeit, dem Verbande und damit auch der gesamten Gewerkschaftsarbeit ein großer Dienst erzielt wird. So der vorigen Räume dieses Organs ist in dem Artikel „Eine Pflicht der Partei“ bereits das Ergebnis der Hausagitation einer größeren Werbungsstelle angeführt.

Kollegen! Ware es nicht zu begreifen, wenn aus allen Gründen über beratige Erfolge berichtet werden könnte? Wenn icholl das nicht möglich sein? Wenn alle Kollegen erfüllt wollen und persönlich mitmachen, dann werden noch Zeiträume neuer Mitglieder gerade durch die Hausagitation gewonnen werden. Kollegen! Es gilt, unseren Stand zu haben, makre Zufriedenheit besser wie die Gegenwart zu erhalten. Darf es da noch Drückerberger geben? Wir sagen: Nein, niemals! Darum mögen auf der ganzen Linie die Auszubildenden verzurzten — fast mit aller Leidenschaft, es mag sein und kann mir alle wollen, dann geht's.

Wenn alle Mitglieder in diesem Sinne mitmachen, dann werden wir unser Verband in diesem Jahr um viele tausend Mitglieder vergrößern. Aber nicht nur das, sondern es wird auch gleichzeitig dafür gesorgt sein, dass der geistige Fortschritt in unseren Städten nicht steht. Denn dann sind die praktischen Erfolge, Wirtschaftlichkeit und rechtliche Sicherungen nicht ausbleiben können, braucht nicht näher bekannt zu werden. Die Kollegen und Kolleginnen sollen das bedenken und daraus herleiten.

hat beratigen Gesüßen ein entschiedenes: Stein — niemals entgegen gerufen. So ist denn besonders im Westen unseres Vaterlandes, in der eigentlichen Waffenschmiede unseres Volkes die ganze Streitbewegung an der Haltung der christlichen Gewerkschaftsbewegung erfreulicher Weise gescheitert. Bei der Betrachtung dieser Tatsache möchten wir aber eine Frage aufrufen, welche zweifellos weitgehende Beachtung verdient. zunächst ist an und für sich festzuhalten, dass unter der Einwirkung des Krieges mit seiner Anspannung aller Kräfte für die eigentlich jedes Gleiche fehlt, naturgemäß auch die Kräfte in einem minderen oder stärkeren Grade ungünstig beeinflusst werden. Das trifft selbstverständlich in besonderem Maße zu bei der mit größter Intensität wirkenden Arbeiterschaft. Dieser Umstand hat zur Folge, dass die Sache eigentlich geschwächt werden, das Gefühl für Recht und Unrecht sich bedeutend gesteigert hat.

Trotzdem die Gewerkschaften nun, besonders die christlichen Gewerkschaften, die beruhigende Beeinflussungsarbeit sich besonders angelegen sein lassen, gehen manche Kreise anscheinend mit bestimmter Wissicht darauf aus, dieses zu unterminieren. Besonders weite Arbeitgeberkreise scheinen sich der großen Verantwortung, welche die gegenwärtige Lage auch ihnen aufgelegt, gar nicht bewusst zu sein.

Nur einige Fälle nach dieser Richtung. Bei der Firma Drahtgewebe- und Geflechtfabrik in Niederauhofen schloss sich die Arbeiter unserem Verbande an. Kurz darauf wurde ein Mann gefündigt, weil er — gegen die Firma gehetzt habe. Der Arbeiter hatte lediglich seine Mitarbeiter auf die Notwendigkeit des Anschlusses an die Organisation aufmerksam gemacht. Der Mann musste gehen, der angerufene Schlichtungsausschuss dünkt sich machtlos, wollte nicht in das Kündigungsgesetz des Arbeitgebers eingreifen.

Ein anderer Fall: Die Arbeiter des Blei- und Silberwerke Bad Eins, jenes Betriebes, dessen wunderbare Lohnverhältnisse wir in einem Artikel schilderten, schlossen sich ebenfalls unserem Verbande an. Sie forderten in einer wohlgefundene Singabre eine Schöpfung der Söhne. Eine Verhandlung des Arbeiterausschusses mit der Firma führte zu seinem Resultat. Die Firma lehnte ein Entgegenkommen ab. Ein Arbeiterausschussmitglied bat daran den Ortsvorstand des Verbandes, dieses negative Resultat den Arbeitern bekannt zu geben. In gutem Glauben informiert unser Kollege seine Mitarbeiter in der Menge und sagt hinzu: Kollegen! Wir wollen trotzdem einig bleiben, dann werden wir unsere Sache schon durchsetzen.

Ein Befürter fand sich, unser Kollege wird gefündigt, weil er sich „ungehörig“ benommen habe. Nun ist auch hier der Schlichtungsausschuss angerufen. Wir sind gehalten darauf, wie die Angelegenheit sich entwickelt. In beiden Fällen wurde eine unnötige Erregung in die Arbeiterschaft hineingebracht, die fast in einem Falle zur Explosion geführt hätte.

Wir aber fragen: Wo bleibt denn hier die Rechtsgleichheit? Die Freiwilligkeit des Arbeiters ist durch das hilfsdienstgesetz beschränkt. Er kann nur die Arbeit wechseln unter der Voraussetzung des Abtrehrscheines. Das denn der Arbeitgeber machen, was ihm beliebt? In beiden Fällen spielt einzig und allein der Hass gegen die Organisation eine Hauptrolle nicht soziale Erwägungen. Müsste hier nicht auch die Behörde eingreifen, umso mehr, als dieselben Arbeitgeber andauernd Leute von der Heeresverwaltung beanspruchen? Darf es denn geduldet werden, dass man Arbeiter einfach ablegt, nur weil sie ihr geistlich geführtestes Kooperationsrecht ausüben?

Zus diesen Punkten muss einmal hingewiesen werden. Niemals immer entsteht die Erregung innerhalb der Arbeiterschaft von selbst. Sie wird in vielen Fällen geradezu läunisch gezeigt von den gleichen Leuten, die nachher die Folge ihrer Radikalpolitik mit dem größtmöglichen moralischen Entrüstungsaufwand gejährt und vom Verstand der Arbeiterschaft fassen.

Auch hier muss einmal der Hebel angesetzt werden. Sehr viele unnötige Erregung lässt sich vermeiden, wenn alle Faktoren sich der Notwendigkeit gleichen Rechts und ihrer Verantwortung bewusst bleiben.

Kriegsbeschädigten-Organisation.

In letzter Zeit machen Sondervereinigungen für Kriegsbeschädigte wie Pilze aus der Erde. Es macht sich hier leider eine vielgestaltige und sehr nachteilige Verstüppierung bemerkbar. Noch bedenklicher ist, dass die angeblich für die kriegsbeschädigten gegründeten Organisationen immer mehr in das politische Fahrwasser hineingeraten und so weitere Meinungsfächer im Organisationsebenen schaffen. In den Ostertagen hat der von sozialdemokratischer Seite in Berlin gegründete Bund der Kriegsbeschädigten und ehemaliger Kriegsteilnehmer eine Hauptversammlung abgehalten, zu der sowohl die Gewerkschaften wie Arbeitnehmerorganisationen und eine Reihe von Kriegsbeschädigten eingeladen waren. Soviel über die Tagung berichtet wurde, war von den Gewerkschaften nur die sozialdemokratische Richtung vertreten. Ein Anschluss der anwesenden, nicht zum Berliner Bund gehörigen Vereine ist nach längeren Auseinandersetzungen über den politischen Charakter der Bewegung unter gewissen Voraussetzungen zustande gekommen.

Von einer einheitlichen Bewegung der Kriegsbeschädigten kann allerdings vor wie nach in letzter Weise geredet werden. Offensichtlich schwimmt der Berliner Bund im sozialdemokratischen Fahrwasser. Er wurde von Sozialdemokraten gegründet und an der Spitze der zentralen Organisation in Berlin wie auch in den meisten Ortsvereinen im Reichsgebiet gegen ausgesprochene Sozialdemokraten. Von Anfang an ist die sozialdemokratische Partei mit größtem Nachdruck in diese Organisation eingetreten. Vorsitzender des Berliner Bundes ist Herr Hellmann, der gleichzeitig auch Vorsitzender der sozialdemokratischen Gewerkschaft der Gemeindearbeiter ist. Eine der Hauptgründer und Vorsitzende des Bundes ist bestehende Kriegsbeschädiger Erich Kuttner. Es ist auch sein Schicksal, dass der Berliner Bund neben den Kriegsbeschädigten auch die Kriegsteilnehmer aufnimmt mit dem bisher nicht ausgesprochenen Zweck, später aus dieser Bewegung einen Gegenpol gegen die bürgerlichen Kriegsbeschädigten Bewegung zu schaffen. Die Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer aus dem bürgerlichen Lager können sich schon aus diesem Grunde dem Berliner Bund nicht anschließen und wenn er noch je oft seine politische und soziale Neutralität nach außen hin vorgeführt habe.

Zweiterter Maß?

Die ganze Sache mit Ausnahme eines Teils der sozialdemokratischen Sache war bislang in der bürgerlichen Bevölkerung des Reiches ein neuerer Erfolg. Viele der Berliner und anderen Städte, welche zur Erziehung bestimmter Teile einer jungen Generation bestimmt.

Bezeichnend ist, daß die sozialdemokratischen Parteiblätter der letzten Zeit diejenigen Kriegsbeschädigtenvereine, die sich dem Berliner Bund nicht anschließen, sondern ihre eigenen Wege gehen wollen, mit den bekannten Mitteln öffentlich angreifen und herauzsehen suchen. Die Essener Wirtschaftliche Vereinigung der Kriegsbeschädigten ist nach den sozialdemokratischen Darstellungen eine ausgesprochen gute Organisation, die aus großkapitalistischen Geldquellen gefeiert wird. Ein von bürgerlicher Seite in München gegründeter Bund von Kriegsbeschädigten wird jetzt von der sozialdemokratischen Presse in ähnlicher Weise behandelt. Unter der Überschrift "Alldeutsche Schwerindustrielle Kriegsteilnehmerorganisation" (u. a. "Vorwärts" Nr. 98, 1918) wird der Münchener Bund nach allen Regeln der Kunst verdächtigt. Dass eine Reihe politischer Persönlichkeiten aus allen bürgerlichen Partien dem Beirat angehören, ist der sozialdemokratischen Presse besonders unangenehm. Sie sucht das durch die Verdächtigung aufzuwiegen, daß der Syndikus eines Arbeitgeberverbandes im Beirat sitzt. Darauf wird dann ohne weiteres die Konstruktion aufgebaut, als ob selber der Schwerindustrie bei dieser Kriegsbeschädigtenorganisation wirksam seien. Ein Beweis für diese Behauptungen ist jedoch in keiner Weise erbracht. Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Hedin, der dem Beirat ebenfalls angehört, wird als Anhänger der gelben Werkvereine verdächtigt. Reichstagsabgeordnete Wissens Mitglied des Gewerbevereins Christlicher Bergarbeiter und hat mit den gelben Gewerbevereinsbestrebungen nicht mehr zu tun, wie der Vorwärtsredakteur Stutiner oder der Generalkommissonspräsident Legien. Mit solchen Mitteln wird über gearbeitet, um die Kriegsbeschädigtenvereinigungen, die sich gegenüber den sozialdemokratischen Bestrebungen ablehnend verhalten, in der Öffentlichkeit zu mischreditieren.

Für die verschiedenen Richtungen in der Arbeiterbewegung ist die Sache nunmehr gellärt. Eine gemeinsame Vereinbarung der Gewerkschaften anlässlich des Kriegsbeschädigtenkongress 1916 in Köln, wonach jede Sonderorganisation der Kriegsbeschädigten grundsätzlich abzulehnen sei, ist durch das Verhalten der sozialdemokratischen Gewerkschaften nunmehr hinfällig geworden.

Die christlichen Gewerkschaften sind jetzt, nachdem die freien Gewerkschaften zu dem Berliner Bund eine fördernde Stellung eingenommen, an den Kölner Beschluss ebenfalls nicht mehr gebunden. Sie werden Maßnahmen treffen, um den Organisationsbestrebungen der Kriegsbeschädigten im christlich-nationalen Lager Rechnung zu tragen. Vorläufig können die Anhänger der christlich-nationalen Bewegung nur bewarnt werden, sich dem Berliner Bund oder den mit diesem Bund verbündeten Vereinen anzuschließen. Es wird demnächst bekannt gegeben, auf welche Art und Weise die christlich-nationalen Arbeiterbewegung die Organisationsfrage der Kriegsbeschädigten einer Lösung näher bringen wird. B.

Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche zuvor zahlbar sind, ist für Sonntag, den 21. April der 17. Monatsbeitrag für die Zeit vom 21.-27. April 1918 fällig.

*

Grußanunterstützung

Die Mitglieder werden erneut darauf hingewiesen, daß sie in allen Unterstützungsfällen sich sofort beim Vorstand der Verwaltungsstelle zu melden und ihr Mitgliedsbuch abzugeben haben. Die Meldung hat durch das Mitglied selbst, nicht durch den Vertrauensmann zu erfolgen. Die Kurzzeit wird nicht für die zurückliegende Zeit, sondern nur vom Tag der Meldung an gerechnet. Es liegt also im eigenen Interesse der Mitglieder sich sofort zu melden, wenn sie rechtzeitig in der Frist der Unterstützung kommen wollen.

Das Urteilheit der "Deutschen Arbeit" kann folge Papierbeschaffungsschwierigkeiten nicht vor Ende April beurteilt werden. Sofort nach Eintreffen wird es unseren Kollegen zugesellt.

*

Die Abrechnung vom 1. Quartaljahr muß bestimmungsgemäß bis zum Ende dieses Monats zusammen mit dem aus der Abrechnung sich ergebenden Geldbetrag an die Hauptkasse eingesandt werden. Diejenigen Verwaltungen, welche die Abrechnung noch nicht eingesandt haben, werden hiermit nochmals an die pünktliche Abrechnung erinnert. Die Bezirksleitung werden ebenfalls erachtet, die Verwaltungsstellen ihres Bezirkes auf die pünktliche Abrechnung aufmerksam zu machen.

Allgemeine Rundschau

Die "bedingte Rente" für Kriegsteilnehmer.

Bekanntlich kam nach dem Mannschaftsversorgungsgesetz vom 31. Mai 1906 (Paragraph 25) Unteroffizieren und Gemeinen, die wegen körperlicher Gebrechen aus dem aktiven Dienst entlassen werden und mangels Vorliegens einer Dienstbefähigung, auf Rente keinen Anspruch haben, eine jährliche im Falle dringender Bedürftigkeit vorübergehend bis zum Beirage von 50 v. H. der Bollrente ihres Dienstgrades gewährt werden.

Der Kreis der Personen, denen diese sog. "bedingte Rente" gewährt werden kann, war bisher durch eindeutige Vorschriften erheblich eingeengt; einerseits war die Rente regelmäßig nicht zu gewähren, wenn der Entlassene nur kurze Zeit bei der Truppe war, andererseits sollte dringende Bedürftigkeit im Sinne des Par. 25 M. G. nur dann anerkannt werden, wenn die Erwerbsfähigkeit 30 v. H. und mehr betrug.

Von diesen Beschränkungen ist nach einem Erlass des Kriegsministeriums vom 4. Oktober 1917 mit Rücksicht auf die heutigen schwierigen Verhältnisse bis auf weiteres abgesehen, so daß nunmehr die Voraussetzungen dafür geändert sind, daß die bedingte Rente in erheblich

größere Umfang als bisher erfolgen kann. Dieser Erlass hat rückwirkende Kraft mit Wirkung vom 1. Oktober 1917, so daß er also auf alle Anträge Anwendung findet, die von diesem Zeitpunkt an zur Entscheidung kommen.

Die Anträge sind an das zuständige Bezirkskommando zu richten.

Aus dem Verbandsgebiet.

Hilfen. Das Bestreben unseres christlichen Metallarbeiterverbandes, für die Hilfsarbeiter der Hüttener Gewerkschaft der Zeit entsprechende Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, ist bisher von gutem Erfolg gewesen. Die Arbeiterchaft hat im letzten Jahre ihre Organisation immermehr ausgebaut und manche notwendige Lohnauflösungen konnten infolgedessen auch erreicht werden. Letzteres scheint nur von der Werksleitung unangenehm empfunden worden zu sein, denn anders läßt sich deren Vorgehen gegen unsern Verband nicht erklären. Der Vorsitzende unserer Ortsgruppe Hüsten wurde plötzlich ohne stichhaltigen Grund entlassen und — das Altheitmittel bei Großindustrie — ein "wirtschaftsfriedlicher Wertberein" wurde gegründet. Wie bei den "wirtschaftsfriedlichen" üblich, versucht man nun die Arbeiter mit allerlei Unterstützungen zu fördern, um sich eine dem Arbeitgeber ergebene Schutzeinrichtung zu schaffen, die gegen die Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft im Interesse des Unternehmers arbeitet. Die mit marktfreierlicher Hellsame angepräsenten Unterstützungen haben aber auch einen bedenklichen Haften. Ein Rechtsanspruch besteht nicht, sondern nach dem Statut entscheidet der Vorstand über die Gewährung derselben. Die wirtschaftsfriedlichen Arbeiter haben deshalb alle Ursache sich beim Vorstand "lieb Kind" zu machen, sonst könnten sie im gegebenen Falle durch Vorbehaltung der Unterstützung geächtigt werden. Für die Züchtigung der Arbeiter scheint der Vorsitzende des Werkvereins überhaupt eine besondere Vorliebe zu haben. Ob der Herr glaubt, durch Ohrtreppen oder mit dem Gunnelschlüssel den Arbeitern den notwendigen Respekt einzubläuen zu können? Dann haben die Mitglieder des Werkvereins Hüsten ja noch verlorende Aussichten.

Bei dem gesunden Sinn der Hüttener Arbeiterschaft erwarten wir, daß sie den gelben Ladungen auch in Zukunft widersteht. Daß einzelne "Streber" sich dem Werkverein anschließen, kennzeichnet die Gesinnung dieser Leute. Es sind Egoisten, die für sich persönliche Vorteile dadurch erringen möchten. Das Allgemeininteresse der Arbeiterschaft läßt sie fast. Derartige Denkende Leute wollen wir dem Werkverein ruhig überlassen. Für unsere Kollegen in Hüsten aber muß es jetzt heißen: Trotz alledem weiter vorwärts. Derartige Maßnahmen der Unternehmer zeigen uns, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Nur durch strenge gewerkschaftliche Disziplin und zielbewußte Standesarbeit wird auch in Zukunft eine Besserstellung der Hüttener Arbeiterschaft zu erreichen sein.

*

Kamm. Viel zu spät konnte sich bei der hiesigen Arbeiterschaft während der Kriegsdauer der Gedanke eines gerechten Lohnausgleichs durchziehen. Anstatt frühzeitig diesen neuen Verhältnissen Rechnung zu tragen und das Arbeitseinkommen im Verhältnis zum steigenden Unternehmergebinde, einer Aufsättigung entgegen zu führen, ließ man die Dinge ruhig rollen, obwohl die Einsicht vorhanden, daß mit der anziehenden Preiserhöhung aller Bedarfsartikel mit den bisherigen Löhnen nicht mehr auszukommen war. Ein Ausweg wurde nur in täglichen Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit gesucht. Die Drahtzieher glaubten ihr Heil an 3 und 4, anstatt bisher an 2 Scheiben zu suchen, um höhere Verdienste zu erzielen. Alles dieses war den Werkern willkommen und es wurde mit Vorliebe den Arbeitern die Möglichkeit geboten, Tag und Nacht wie Sonntags zu arbeiten, um sie hierdurch von Forderungen auf höhere Löhne und Aufordpreise abzulenken. Erst im Frühjahr und Sommer 1916 sahen sich eine andere Auffassung dank der gewerkschaftlichen Auflösung durchzusetzen. Infolge dieser Einsicht konnten dann auch in einer ganzen Anzahl Betriebe wesentliche Lohn- und Aufordnerhöhungen durchgesetzt werden.

Die während der Zeit entschärfte Stimmung und Begeisterung verschärfte jedoch wieder vollständig und so standen wir mit Anfang 1917 in Bezug auf Mitarbeit in der Organisation auf dem alten Stand und das in einer Zeit, wo man auch hier den ganzen Druck der teuren Lebensmittelpreise erstmals zu spüren bekam. Dazu kamen Feuerschäden wegen Kohlen- und Materialmangel, was die Notlosigkeit erst recht steigerte und jedes gewerkschaftliche Leben zu erfüllen drohte. Wir konnten demnach keine allzu großen Hoffnungen auf das Jahr 1917 setzen. Die Aufsatzgruppen hatten fast durch den Krieg abgenommen, mit Ausnahme von Ahlen, wo aber auch das gewerkschaftliche Leben laut war.

Eine Anzahl Bertrauensmännerkonferenzen von Januar bis April brachten bessere Stimmung zugege. Außerdem traten im April die neu gewählten Arbeiterausschüsse in Tätigkeit, wodurch es möglich wurde, in allen Betrieben Lohnbewegungen in Angriff zu nehmen. Somit gestaltete sich das gesamte Bild etwas günstiger, wodurch dann auch in etwa Erfolge erzielt werden konnten. Es wurden 22 Lohnbewegungen mit Erfolg geführt, davon 14 von unserem Verbande allein und die übrigen acht mit den anderen Organisationen gemeinsam zum Abschluß gebracht. In diesen Bewegungen waren insgesamt 2665 Arbeiter- und Arbeiterrinnen beteiligt, für welche eine wöchentliche Lohn erhöhung von insgesamt 20.560 Mark erzielt wurden. Dies bedeutet ein Meisterdienst pro Jahr von insgesamt 1.069.120 Mark.

Von unserem Verbande waren an diesen Lohnbewegungen 1066 Mitglieder und von den übrigen Organisationen insgesamt 290 Mitglieder beteiligt. Für einige Betriebe konnten mehrmals Lohn erhöhungen durchgesetzt werden. In Hamm ist die Zahl der Metallarbeiter um mindestens 25 Prozent mit Einschaltung der Arbeiterrinnen geringer, als vor dem Kriege.

Aufnahmen wurden 980 gemacht, berücksichtigt man jedoch die schönen Erfolge der Lohnbewegungen, so ist die Zahl entschieden zu gering. Dazu kommt, daß es auch einen großen Teil Arbeiter gibt, welche nach jeder erfolgreichen Lohnbewegung der Organisation den Rücken kehrt, ohne zu bedenken, daß sie sich dabei selbst schädigen. Darauf ist es auch zurückzuführen, daß wir im vergangenen Jahre selbst in Hamm noch Zähne von 4-5 Mark für Handwerker zu vereinbaren hatten. Ein den Erfolgen nahezu auf diesmal eine Anzahl Aufnahmen reicht Anteil.

Werte wurde von Hamm abgetrennt, zur eigenen Sektion gebildet, womit dem Wunsche dieser Kollegen Rechnung getragen wurde. Es muß nun auch erwartet werden, daß dort recht bald der letzte Mann der Organisation zugeführt wird.

Weitstellen ist in gleicher Weise wie Werte Rechnung getragen worden und es liegt jetzt an den Kollegen, die in die Gruppe gesetzten Erwartungen zu erfüllen.

Werte wurde im Laufe des Jahres als neue Sektion gegründet. Durch eine erfolgreiche Lohnbewegung durfte wohl allen der Wert der gewerkschaftlichen Organisation zum Bezugspunkt gekommen sein. Auch dort ist der letzte Mann zu erfassen.

Langscheide (Ruhr) wurde als neue Gruppe geschaffen, jedoch wegen der weiten Entfernung von Hamm mit 45 Mitgliedern an Menden abgetrennt.

Unna, wo jahrelang vergebliche Anstrengungen gemacht wurden, konnte endlich als neue Sektion gebildet werden. Auch dort wurde sofort eine erfolgreiche Bewegung beim Phoenix geführt, die den Kollegen pro Tag 2 Mark Lohn erhöhung brachte. Das Unternehmertum versucht hier mit allen Mitteln die Organisation nieder zu halten. In einigen Betrieben wirken die Arbeiterausschüsse zum direkten Schaden der Arbeiter, weil sie eben nur auf das hören, was ihnen die Firma sagt und sich überhaupt nicht um die Lohnanträge der Arbeiter kümmern. Velder hat man sich dort um die Auschlußmänner nicht gekümmert und die Firmen ernannten zum Teil selbst die Ausschusmitglieder. Heute 50 Prozent der dortigen Arbeiter stehen der Organisation noch fern. Aufgabe der Kollegen ist es auch, diese noch für die Organisation zu gewinnen.

In Kamen konnte gleichfalls mit Erfolg eingelebt und eine Sektion gebildet werden. Auch dort ist den Kollegen hoffentlich der Wert der gewerkschaftlichen Organisation durch die geführte Lohnbewegung klar geworden.

Ahlen, das circa 1000 Metallarbeiter und arbeiterinnen zählt, scheint trotz allen Ermahnungen und Auflösungen sich immer noch nicht rühen zu wollen, um angemessene Lohnverhältnisse herzustellen. Besonders der Arbeiterausschusfrage ist hier ganzlich versagt worden, weil eben kein Mensch als von der Arbeiterschaft zu wählendes Ausschusmitglied in Frage kommen will. Dabei wird hier mehr als in jedem anderen Orte über unzuträgliche Löhne geplagt. Zumal ist man sich auch der glänzenden Verdienste bewußt, welche gegenwärtig die Gewerbebetriebe haben und von Anfang des Krieges an hatten. Zu einer energischen durchgreifenden Agitation kann man sich freilich nicht ausschwingen. Mitglieder, welche schließlich durch Hilfe von Hamm aufgenommen waren, wurden nicht einmal mit Belehrungen und Warzen bedient. Kein Wunder auch, daß hier als einzige Gruppe im ganzen Verwaltungsbezirk kein Fortschritt zu verzeichnen ist. Ein jeder vorstellt auf eigenem Fuß oder macht überhaupt nichts. Einzelne Kollegen, welche wohl mitarbeiten wollen, werden durch andere die nur ihre Person und nicht die Sache im Auge haben, daran gehindert.

Die Zeit wird kommen, wo man dieses bitter bereuen wird.

Die Einnahmen für die Haupt- und Volksklasse sind wesentlich gestiegen. Die Zahl der verlaufenen Vertragsmärkte liegt von 21.995 im Jahre 1916 auf 36.483 für 1917. Die Einnahme für die Hauptklasse betrug 22.141,75 M., während 1916 eine Einnahme von 12.959,56 M. und eine Ausgabe von 4135,75 M. zu verzeichnen war. Die Aufnahmen stiegen von 385 im Jahre 1916 auf 980 im Jahre 1917.

Der erzielte Überschub für die Volksklasse beträgt 11.907,77 M. Damit ist auch der bisherige Nebelstand der Volksklasse beseitigt und ein Anfang von über 1000 Mark geschaffen.

Das Jahr 1917 brachte eine befriedigende Entwicklung. Das Jahr 1918 muß uns demnach mindestens die gleichen Erfolge bringen, wenn in allen Orten auf dem jetzt geschaffenen weiter aufgebaut wird. Die Anfangserfolge sind gut, inzwischen ist auch in Soest eine neue Gruppe mit über 100 Kollegen und Kolleginnen gegründet.

Wenn auch die Zahl der Metallarbeiter, einschließlich der Arbeiterrinnen, im Bereich der Verwaltungsstelle um mindestens 1500 gegen die Friedenszeit zurückgegangen ist, so kommen doch immer noch circa 4000 Arbeiter und Arbeiterrinnen in den Kreisen Hamm Stadt, Land und Bedburg in Frage, welche für die Organisation gewonnen werden können.

Unser Ziel sei also, hier weitere Freude zu schöpfen, mindestens 1000 neue Kollegen und Kolleginnen für den Verband zu gewinnen und weitere materielle Erfolge für die gesamten Kollegen herauszuholen. Mit diesem festen Entschluß steht in allen Gruppen an die Arbeit.

Antonienshütte. Hier fand am zweiten Osterstage ein gut besuchte Versammlung statt. Immerhin hätten unser Metallarbeiter stärker vertreten sein können. Kollege Minister umsichtig in seinem Vortrage was die Ortsgruppenvorstände und Bertrauensmänner wissen und tun müssen um ihren Verband auch in Oberschlesien zu dem zu machen, was er sein soll. Dabei wurde dem Aktivitätsfeld für Vorstandsmitglieder und Bertrauensmänner sowohl hinsichtlich des inneren Betriebslebens, der Agitation als auch der Vertretung der Arbeiterrinteressen nach jeder Seite Rechnung getragen. Im besonderen wurde das Übertragende des christlichen Gewerkschaftsgeistes besprochen und an Hand von Stimmen auf dem Unternehmerlager gezeigt, wie sehr ernst diese gerade die Wichtigkeit der christlichen Gewerkschaften vorliegen. Die im Kreis Grundton christlich bestimmte Arbeiterschaft Oberschlesiens muß im wohlverstandenen eigenen Interesse festhalten an der Tradition ihrer Väter und es als Ehrengabe betrachten, sich eine nach allen Seiten imponierende christliche Organisation zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen zu schaffen.

Was unsere christlichen Arbeiter in Rheinland und Westfalen nach dieser Richtung hin, allen Anstrengungen zum Trotz fertig gebracht haben, muß auch in Oberschlesien gelingen. Vor allem ist es nötig, aus den Städten der oberschlesischen Arbeiter selbst führende Geister zu entwickeln. Dazu soll auch die Selbständigmachung bei Ortsvertretung dienen. Es wurde dann zur Wahl eines Vorstandes gewählt, die Gewähr dafür blieb, daß sie sich die Ortsgruppe Antonienshütte als eine lebendiger Zweig der Baume unserer christlichen Metallarbeiterverbands entwideln wird. Mit begeisterten Worten forderte zum Schluß der Vorsitzende Kollege Joseph Banisch, die Abreisenden auf für den christlichen Metallarbeiterverband zu kommen.

hann (Sieg). Beranlaßt durch die Miete der Zeit Krieg zum ein erheblicher Teil der Belegschaft der diesigen Pulverbau der Köln-Mettweiler Firma gegen Mitte des vergangenen Jahres den Beitritt zu unserem Verband. Es war dieses nicht der erste Versuch um zu besseren Verhältnissen zu gelangen. In den Friedensjahren folgten sich nach jeweiligen Pulverbauaktionen solche Bestrebungen, die aber leider nicht stand hielten. Auch mit der Gründung eines lokalen Pulvermähervereins erlebte die Arbeiterschaft Enttäuschungen. Doch biesen üblichen Erfahrungen scheint nunmehr eine bessere Bekanntheit durchzudringen, die auch schon gute Erfolge zeitigte. Nachdem ein großer Teil der Belegschaft den Beitritt zu eiem Verband vollzogen und der Pulvermäherverein mit fast seinen Mitgliedern und mit seinem Vermögen von 500 Mark zu unserem Verband übergetreten war, konnte denn auch bald in einer Bewegung zur Ausbeisierung der sehr darüberliegenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschritten werden. Der Erfolg war, daß schon ab 1. Juli 1917 die Verdienste der Arbeiter und der im Monatslohn beschäftigten Erstellen um 1. Mark und die der Arbeiterinnen um 1.50 Pfg. pro Schicht erhöht wurden. Auch in den Anfangswochen für Jugendliche und Arbeitersinnen konnte eine kleine Verbesserung erzielt werden. Der Anfangslohn wurde für diese auf 3.80 Mark festgesetzt, nur über 20 Jahre alte Arbeitersinnen sollen 3.50 Mark erhalten. Nach 3. Monaten erhöhen sich diese Löhne auf 3.70 bzw. 3.90 Mark, noch im Jahr auf den Höchstlohn von 3.50 M. Zur Nachschicht wurde eine 10 prozentige, für Sonn- und Feiertags und für sonstige Überzeitarbeit eine 50 prozentige Zulage der Tagelöhne gewährt. Für die Rüster wurden die Altersabfälle etwas erhöht und statt des Monatslohnabschlags wurde die tägliche Lohnzahlung eingeführt. War dieses Ergebnis auf den ersten Anhieb gut, so konnte dieses doch nach Lage der Verhältnisse und nach der inzwischen erfolgten anderweitigen Regelung der Arbeitszeit nicht lange bestreiten. In einer neuen Bewegung im Herbst wurde dann nochmals eine Erhöhung der Löhne gefordert. Nach den ermittelten Löhnen im Monat Juni betrug das durchschnittliche Stundenverdienst allgemein 54 Pfg. Bei den Reichenrothen betrug dasselbe 68.3 Pfg., bei den Leidigen 49.9 Pfg. und bei den Arbeitersinnen 56.6 Pfg. Hinzu kommt dann noch der Anteil einer Jahreszahnpromille und sonstiger steinerer Zulagen, sowie die vorherige Erhöhung der Löhne. Mit dieser neuen Forderung, die sich auf die Angaben stützte, fand sich die Firma nicht so schnell ab. Die Verhandlungen mit dem Arbeiterschaftsrat zogen sich auf Wochen hinzu. Endlich konnte ab 1. Januar 1918 eine weitere allgemeine Erhöhung der Stundenverdienste um 5 Pfg. erreicht werden. Außerdem sollen die Löhne fortsetzt auf Standen ungerechnet werden. Das Ergebnis wäre ein besseres gewesen, wenn die Zahl jener nicht so groß wäre, die nur mit erhielten, aber nicht mit lohn sollen. Die gewaltig, großen Gewinne der Ber. Köln-Mettweiler Pulverbau — von der bei der jüngsten Daimler-Auktion behauptet wurde, daß sie in Verbindung mit den Daimlerwerken ständen — liegen zu den hier vorliegenden Löhnen in einem Verhältnis. Wenn hier ein weiterer Ausgleich geschaffen werden soll, dann müssen alle Kollegen und Kolleginnen mit neuen Praktiken aufgerügt werden, daß eine größere Bekanntheit unter der Belegschaft erzielt wird und daß jenseits der leichten unteren Verhandlung als Voraussetzung anzusehen ist, daß man über auch die Sorgen vor dem Zahlen der Verhandlungsbeteiligung und die Lohnmäßigkeit aufhören, die auch in Zukunft völlig gegenstandslos ist, wenn wir einzig und gezielt bleiben. Darum: Kollegen und Kolleginnen! Nur auf der befürchteten Basis weiter gearbeitet. Die kleinen Erfolge unserer Bewegung müssen die Zukunft zu einer weiteren Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse begründen.

Am Sonntag, den 28. April 1918:
Cöln-Kast. Morgens 10.30 Uhr im Lokale Königsweg, Breiterstraße 14.

Düsseldorf-Ortsverwaltung. Fortsetzung der bereits am vorherigen Sonntag in allen Bezirken eingeleiteten Hausagitation. Büntliches Erscheinen aller Mitglieder um 10 Uhr im Versammlungslokal der einzelnen Bezirke.
Kreisamt. 10.30 Uhr im Bahnhofshotel.
Düsseldorf. 6 Uhr bei Müller, Kaiserstr.
Düsseldorf. 5 Uhr bei Klein-Nassau, Unter den Lindenstr. 11. 11 Uhr Homberger Hof.
Wülfrath. 5.30 Uhr bei Klever, Eppighofer Str. 163, große Kartellversammlung. Zu derselben werden unsere Mitglieder bringend eingeladen. Einladungskarten sind bei den Vertrauensleuten und Kassierern zu haben.
Gesetzliche Ortsverwaltung. Morgens 10.30 Uhr im Lokale Dirks, Vereinsstraße, Quartalsgeneralversammlung Solingen. 6 Uhr Versammlung bei Steinader, Kref. Koll. Gebhörrn.

Tüchtiger

Elektromonteur

für Instandhaltung von Licht- u. Kraftanlagen (Gleichstrom) für dauernde Beschäftigung gesucht.

E. Matthes & Weber, A.-G., Werk I,
Duisburg, Krefelderstr. 42.

„Das Gewinde“

Vollständiges Nachschlagebuch auf diesem Gebiete. Enthalten rund 7500 verschiedene Räderteile für rund 2750 Gewinde. Einfaches Lehrbuch für den Arbeiter. Zu beziehen von Willi Schäfer Augsburg, Imhofstr. 79. — Bei Voreinsendung des Betrages 4.75 M. bei Nachnahme 4.95 M.

Arbeiter u.
Arbeiter-
innen
stellt sofort ein
Sodafabrik
Duisburg-Hochfeld
Reichstr. 11.



Die Brücke zu Frieden und Wohlstand
Der beste Schutz für Dich u. die Deine
ist unsre

Kriegsanleihe- Versicherung

Man wendet sich sogleich an den
Vorstand oder an die
Generalrechnungsstelle

in
Görlitz a. Rh., Venloerwall 1

Ich suche für meinen kriegs-
wichtigen Betrieb einen nicht zuviel
Schlosser, Mechaniker oder Schmied
der sich zur Bedienung eines spieldi-
gen Diesel-Motors eignet u. neben
bei Stahl- und Steinhauerarbeiten
zusätzlich schärfen kann und alle son-
stigen Werkstattlebenen verrichtet
bei freier Kost. Auch kaufe ich
Schmiedeeinrichtungsgegenstände
Adam Kraus.
Schleifsteinfabrik, Zell am Main.

achspapiere

und
Farben für alle
Vervielfältigungsapp.
Kohlepapier, Durch-
schlag- und Vervielfäl-
tigungs-Papier

Eck vom Niederrhein, Duisburg

Soeben erschien in 3. verbess. Aufl.

Gewindeschneiden

ein Hilfsbuch für Dreher

mit vollständigen Tabellen für alle vorkommenden Drehbänke u. Gewinde
und 16 Abbildungen von Drehermeister E. Müller u. Ing. Prof. A. Freund
Preis geb. 3.34 M. Verlag Friedrich Brandstetter in Leipzig

Postkarten, Briefblätter und Umschläge

empfiehlt

in einfacher und farbiger Ausführung

Echo vom Niederrhein
Duisburg, Rheinstraße 15 - Telefon 580

Montag, den 28. April 1918:
Märkte. Abends 8 Uhr Märkteversammlung bei Stadt-
Dreher, 8 Uhr bei Göttinger, Klostergasse.

Mittwoch, den 28. April 1918:

Märkte. Abends 7.30 Uhr Unter-
richtsversammlung der Märkteversammlung des Verbandes bei Stadt-
Dreher, Klostergasse.